

Veränderungen erfordern Aktion

go in zu den Senatoren / Rektor nahm im Parlament Stellung

Nr. 34

5. Dezember 1968

10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Jetzt wird mit den Linken aufgeräumt

Polizeischläger stellen Ordnung im Gericht her

Am 3. 12. sollte vor dem Bochumer Amtsgericht ein weiterer BoGeStra-Prozess zelebriert werden. Wegen Nötigung waren die beiden jungen Arbeiter Reifemath und Janatzek angeklagt. Sie hatten sich nicht brav an obrigkeitliche Aufga-

geben, so daß nur etwa die Hälfte der ca. 60 Besucher einen Sitzplatz fand. Um die volle Öffentlichkeit herzustellen, drängten die Draußen-gebliebenen zwei Justizbeamte beiseite und stellten sich in den Sitzungsraum. Richter Kampmann weigerte sich, die Sitzung fortzusetzen. Im Gegensatz zu seinem Kollegen beim BoGeStra-Prozess am 25. 11. ließ er die Anwesenheit stehender Zuhörer nicht zu: „Die Verhandlung kann nur stattfinden, wenn alle sitzen!“ Dann stieg der Landgerichtspräsident als Hausherr höchstpersönlich auf einen Stuhl und richtete die beiden für den Tatbestand des Hausfriedensbruchs notwendigen Aufforderungen an die Anwesenden, den Raum zu verlassen. Als niemand folgte, ließ er Polizei aufmarschieren.

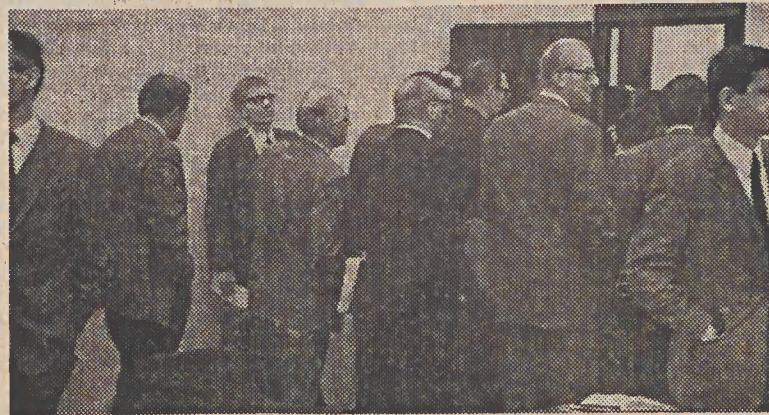
Die Studenten stimmten geistliche Lieder an und forderten mehr Weihnachtsgeld für Polizeibeamte. Diese forderten Verstärkung an und begannen dann, etwa 40 Mann stark, brutal den Saal zu räumen. Im Würgegriff zerrten sie Zuhörer aus den Bankreihen, schlugen und traten auf am Boden liegende Studenten ein. Auch ein Journalist von der „Westfälischen Rundschau“ wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Polizisten drängten die Zuhörer schließlich durch die Gänge des Gerichtsgebäudes bis auf die Straße und riegelten den Haupteingang ab. Ein Student, dessen Personalien aufgenommen wurden, hat einen Prozeß wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu gewärtigen. Andere werden Eingang finden in die Archive der fleißig knipsenden Beamten von der politischen Polizei. Der Prozeß selbst, derart brutal „geschützt“, wurde auf Antrag des Verteidigers wegen Befangenheit des Richters vertagt.

ben gehalten und statt auf der rechten Straßenseite auf den Straßenbahnschienen demonstriert. Bereits Tage vor dem Prozeß hatten Vertreter der Studentenschaft einen größeren Gerichtssaal beantragt. Dem Antrag wurde nicht stattge-

„Die Sitzungen des Senats und der Senatskommissionen sind öffentlich“,

diesen Antrag der studentischen Senatvertreter suchten die Professoren hinhaltend abzuwürgen. Da die Konsequenzen aus der ultimativen Notwendigkeit einer Hochschulreform nicht gezogen werden, entschlossen sich Bochumer Studenten zu ultimativem Druck: Sie besuchten am Montag das honorarige Gremium, dessen professorale Mitglieder studentische Angelegenheiten in landesväterlicher Weise allein zu erledigen gewohnt sind.

Mit einem „anti-go-in“ vorgestern in die ohnehin öffentliche SP-Sitzung wollten sie es den Aufmüpfen zeigen. Aber der Antrag des CDU-Studenten und Biedenkopf-Freundes Versteyl, die Aktion als „Rückschritt auf dem Wege zur Demokratisierung“ zu verteilen, verfiel nicht, die Mehrheit von rund 500 Anwesenden billigte „nachträglich und ausdrücklich“ das zur Herstellung der Öffentlichkeit erfolgte go-in in die Senatsitzung vom 2. 12.“



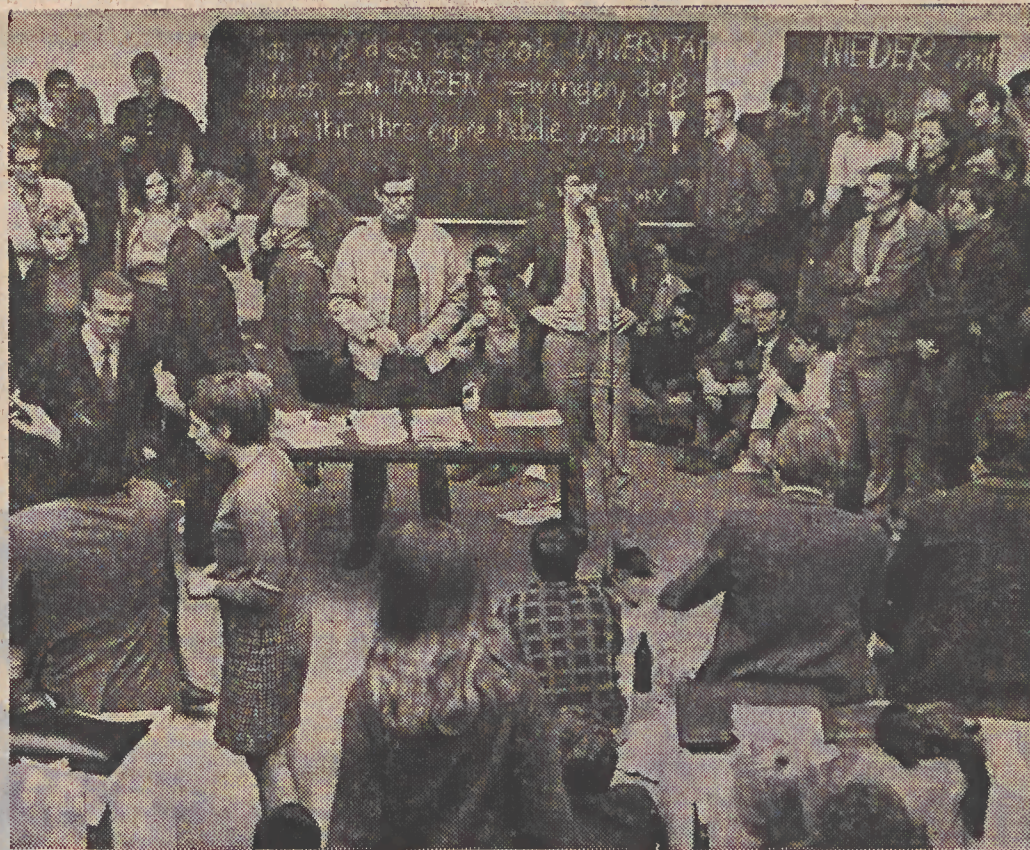
Senatoren ertragen studentische Anwesenheit nicht und ziehen sich zurück...



... Studenten machen daraufhin den Senatsraum zum Diskussionsforum.

Die Vollversammlung billigt politische Kampfmittel

Mehrheit von über 1000 Studenten für Aktionsprogramm



Inhalt: die essentiellen Forderungen der Studentenschaft nach prinzipieller Öffentlichkeit und Mitbestimmung in allen Angelegenheiten der Hochschule. Paritätisch besetzte Struktur- und Studienreformkommissionen sollen in allen Abteilungen bis zum Jahresende eingesetzt werden. Studentische Forderungen sollen in die neue Verfassung der Ruhr-Universität aufgenommen werden, die durch eine Urabstimmung zu verabschieden ist.

Die inhaltliche Kritik an diesem Programm kam in der Vollversammlung von links: Das Programm sei verbalradikal, die Forderung nach Drittel- bzw. Viertelparität ledig-

lich formal. Vordringlich sei demokratische Selbsttätigkeit an der Basis. Empfehlung: „Einigen Leuten täte es sehr gut, ab und zu von Studenten besucht zu werden. Ich meine die Leute, die allein im Rektorat sitzen und dort sehr frustriert sind.“

(SDS-Mitglied Martin Henkel), Professor Ewald, Dekan der mathematischen Abteilung, wiederholte professorale Stereotype: Die Studenten müßten erst lernen, es mangle ihnen an Sachkenntnis, Mitbestimmung bedeute dadurch nur Zeitvergeudung. Gegen solcher Art Konfliktverschleierung und den Vorwurf, die Studenten wollten künstlich Klassengegensätze an der Universität schaffen, wandte sich AStA-Mitglied Reiner Duhm. Auf die von den „Rechten“ erhobene Forderung, Kampfmaßnahmen wie der Universitätsstreik von einer Urabstimmung abhängig zu machen betonte er: „Die Urabstimmung soll keinen Geschäftsordnungsnäpfen, sondern einen inhaltlichen Charakter bekommen. Eine Urabstimmung ohne Diskussion ist sinnlos. Wir wehren uns dagegen, daß Leute, die zur politi-

schen Auseinandersetzung zu faul sind, das Mittel der Urabstimmung formal zur Hintertreibung unserer demokratischen Hochschulinitiative gebrauchen wollen.“

Vergl. S. 2

Der AStA zur Sache

In dieser Nummer:

Mit Amos gegen die Synode

Seite 2

Wahlausschuß ruft zum Wahlboykott auf

Seite 2

Repressive Toleranz in Bochumer Wohnheimen

Seite 5

Hochschulgesetz-entwurf der Assistenten

Seite 5

Dem Kapitalisten gruselts

Seite 6

Der Militärbischof will Funktionäre

Seite 6

In Querenburger Kneipen werden die Gäste selektiert

Seite 6

Kein Geld mehr für den SDS

Das hessische Kultusministerium hat die finanzielle Förderung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in den vier Hochschulen des Landes (Frankfurt, Marburg, Gießen, Darmstadt) bis auf weiteres eingestellt. Ob der SDS auf seine Unterstützung im Wintersemester ganz verzichten muß, wird von einer in Kürze zu erwartenden Entscheidung der Landesregierung abhängig gemacht. Im nächsten Jahr wird der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) vom Land Nordrhein-Westfalen kein Geld mehr erhalten. Dies kündigte NRW-Ministerpräsident H. Kühn (SPD) gestern im Düsseldorfer Landtag an.

Kühn betonte, er habe nicht die Absicht, Rektoratsbesetzungen und Universitätsbarrikaden zu finanzieren.

Durst löscht man mit Schlegel



Dienstag im Amtsgericht: Das Prügelquantum bemaß sich an der Haarlänge.

Von anderen Hochschulen

Berlin
18 Studenten wegen go-in beim Rektor exmatrikuliert
An der Westberliner Film- und Fernsehakademie sind von den 70 Studenten 18 entlassen worden, weil sie an einem go-in beim Rektor teilgenommen hatten.
Die Vorgeschichte: Ein Student sollte disziplinarisch belangt werden, weil er in einem akademie-internen Flugblatt von „Neonazis im Westberliner Senat“ gesprochen und das Akademie-Direktoriumsmitglied Ingensand einen „Psychopathen“ genannt hatte. Als zwei Mitglieder des Studentrates Auskunft über das Ergebnis einer diesbezüglichen Direktoriensitzung erbaten, wurden sie aus dem Rektorat gewiesen. Später wurde dem gesamten Studentenrat die gleiche Bitte abgelehnt. Weil er nicht ohne die zwei AStA-Mitglieder verhandeln wollte, die angeblich in das Rektorat eingedrungen waren, erhielt der ganze Rat Hausverbot und Produktionsstopp.
Daraufhin nahmen 21 Studenten an einem go-in teil, darunter auch die gemäßregelten Studentenvertreter. 18 von ihnen wurden exmatrikuliert, drei ließen die Direktoren Rathsack und Leiser als „Verführte“ gelten. — Bei diesem go-in fand sich in den Räumen des Rektorats übrigens der angeblich verlorengegangene Film „Ein Western für den SDS“ wieder ein. Die Stu-

SP-Wahlausschuß ruft zum Wahlboykott auf „Mit Nachwahlen wird Fortbestand der Ständestruktur an Uni garantiert“

„Laut Parlamentsbeschuß vom 15. 11. 68 sollen vom 14.—17. 1. 1969 die Nachwahlen in den Abteilungen II, III, V, VIII und XII stattfinden. Gemäß der Wahlordnung gibt der Wahlausschuß bekannt:
Für die genannten Abteilungen können sich Kandidaten bis zum 19. 12., 18.00 Uhr, beim Wahlleiter anmelden.
Der Anmeldung sind beizufügen, (Wahlordnung § 17):
a) eine Immatrikulationsbescheinigung des Kandidaten,
b) 20 Unterschriften mit Matrikelnummer von Studenten der Abteilung des Kandidaten,
c) die Angabe, ob der Kandidat Mitglied in einer Wahlgemeinschaft ist.
(Aus Zeitgründen bittet der Wahlleiter, die Anmeldungen schriftlich beim AStA vorzunehmen.)
Gemäß § 12 der WO erhalten die Wähler der genannten Abteilungen spätestens am 3. 1. 69 eine Wahlbenachrichtigung und einen Stimmzettel an ihre Semesteranschrift.
Dieser Wahlauftritt steht im krassen Widerspruch zu den Beschlüssen der Vollversammlung vom 28. 11. 68, die noch als Minimalforderungen bezeichnet wurden.

Was soll die weitere Reproduktion des Studentenparlaments, wenn die VV beschlossen hat, die Aufhebung der bisherigen Ständestruktur der Universität notfalls mit Streik durchzusetzen? Genossenschaftliche Organisation der Universität heißt: Aufhebung von Senat wie SP und deren Exekutiven.
Die Sozialwissenschaftliche Fachschaft hat die Konsequenz gezogen: ihren Vorstand abgeschafft, die Fakultätssitzung zur Abteilungsvollversammlung, zum einzigen Organ der Abteilung erklärt, und beschlossen, die Öffentlichkeit künftiger Fakultätssitzungen herzustellen.
Der Wahlausschuß hält die Politik von SP und AStA für widersinnig: einerseits wird zum Streik aufgerufen, andererseits mit dem Wahlbeschuß der Fortbestand der Ständestruktur garantiert. Von wem soll außerdem das Ultimatum ernst genommen werden, wenn die Nachwahlen mit dem Streiktermin zusammenfallen?
Daß der Formalismus der Wahlordnung mit unverantwortlichem finanziellen Aufwand (über 1000,— DM für die Nachwahl) verbunden ist, sollte durch den Streik gegenstandslos werden.
Wir brauchen keine neue Wahlordnung für das SP, wenn wir es abschaffen wollen.
Der Wahlausschuß kann nicht zu seinem Wahlauftritt stehen, er schließt sich dem Streikaufruf an. Wir wählen durch den Streik (!) nicht irgendwelche Vertreter, die vergeblich bei den Professoren vor der Tür stehen, sondern die Universitätsstruktur, in der wir selbst entscheiden. Wählt nicht, streikt!
Nächste Aktionsbesprechung des Wahlausschusses: Freitag, 5. 12. 68, 18.00 h, Baracke 9.

FAIRPLAY
mild auf der Zunge
würzig im Geschmack
männlich im Aroma
Cavendish 50 g 2,50
Medium 50 g 3,00


Pfeifenmodell 54
aus dem Hause OLDENKOTT

Das Druckhaus
für anspruchsvolle Kunden

Druckhaus
Schürmann & Klages
Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 6 47 46-48


Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

Der AStA zur Sache

Zur Drittelparität

Der häufige Gebrauch des Begriffs „Drittelparität“ hat diese im Bewußtsein vieler Studenten zu einer scheinbar rein formalen Forderung absinken lassen. Die Professoren versuchen, in diese Kerbe zu schlagen, indem sie von „Zahlenfetischismus“ reden.
Drittelparität soll die Machtstellung der Professoren zerstören und damit politische Verhältnisse schaffen, in denen auch die bis heute unterdrückten Gruppen der Universität ihre legitimen Interessen durchsetzen können.
Das heißt konkret: Wir wollen gleichberechtigt mitentscheiden über die Gestaltung des gesamten Wissenschaftsbetriebes:
● Über die Stoffselektion bei der Lehrplangestaltung, die die Studenten oft zur Arbeit auf für sie völlig unwichtigen Gebieten verurteilt;
● über die Verwendung der finanziellen Sachmittel, die bisher allein den Lehrstühlen zugeleitet werden und damit den Ordinarien die Macht geben, den Wissenschaftsbetrieb allein nach ihren Interessen selbstherrlich einzurichten;
● über Zensuren und Prüfungsergebnisse, die bis heute von den „Lehrenden“ allein diktatorisch festgesetzt werden;
● über den Inhalt und die Form von Prüfungen, und ob sie überhaupt gerechtfertigt sind;
● über Berufungen und Personalangelegenheiten allgemein, von denen die Studenten unmittelbar betroffen sind. Horst Peter Kasper

Zur Urabstimmung

Die Forderung nach einer Urabstimmung vor dem Streik, wie sie von Rechten und bloß Formaldemokratisch-Liberalen erhoben wird, wurde von der Universitätsoberverwaltung am 28. 11. abgewiesen.
Die Liberalen machen bei dieser Forderung den Fehler, daß sie eine politische Entscheidung unreflektiert auf den formalen und zumeist völlig inhaltsleeren Vorgang eines Kreuzchenmachens reduzieren. (Dutsche dazu: „Die Wähler demonstrieren alle Jahre wieder an der Urne ihre geistige Reduzierbarkeit.“)
Die Rechten spekulieren bewußt auf die politische Unaufgeklärtheit eines großen Teils der Studentenschaft, die eine Streik-Besetzung für „Gewalt“ hält, nicht aber das, was tagtäglich gegen sie ausgeübt wird: Terror unkontrollierter Zensuren und Prüfungen, Entmündigung und Unterdrückung.
Wenn wir gegen eine Urabstimmung vor einem Streik sind (der allerdings von einer Vollversammlung beschlossen werden muß), dann gehen wir davon aus, daß all diese Verhältnisse zuerst mit denen, die die Entscheidung treffen, diskutiert sein müssen.
Erst in der konkreten Situation einer Besetzung, erst in der Analyse der konkreten politischen Maßnahmen kann die Entscheidung getroffen werden. Alles andere beruht auf abstrakten Spekulationen und verbaler Unverbindlichkeit. Horst Peter Kasper

Mit Amos gegen etablierte Kirche ESG Bochum macht mit bei der außersynodalen Opposition

„Amos“ kritische Blätter“ ist eine Zeitung, die sich als kritisches Forum getaufter evangelischer Christen gegenüber einer verselbständigten Organisation Kirche versteht.
Amos, der Prophet, ist hierbei Programmname: Prophetische Tradition wird aufgegriffen, verstanden als Verpflichtung, keine subjektive Frömmigkeit zu pflegen, sondern aktiv in die Geschichte einzugreifen, d. h. auf die bestehenden politisch-wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse einzuwirken, stellvertretend für die Benachteiligten und Unterdrückten. Diese Stellungnahme heißt bei den Propheten und bei Christus „für die Witwen und Waisen“ und richtet sich jeweils gegen eine etablierte Ordnung. Diese Stellungnahme zieht sich weiter durch die Geschichte bis heute, wo engagierte Christen sich verbünden mit denen, die für eine freie, gerechte, humane Gesellschaft eintreten, auch ohne sich auf die Bibel zu berufen.
Die ersten sechs Nummern der Zeitung wurden gemacht während der Synode der evangelischen Kirche von Westfalen in Bethel Anfang Oktober, eine siebte Nummer erschien eine Woche später als „Zeitung für das evangelische Westfalen“. Zur Zeit ist man dabei, aus Pfarrern und Studenten, eine endgültige Redaktions- und Herausbergeruppe zusammenzustellen. Ab Januar soll die Zeitung dann regelmäßig monatlich erscheinen.

Gebildet hat sich die Opposition im Laufe des Jahres in der Auseinandersetzung mit Struktur und Ordnung der Kirche im Vergleich mit den drängenden politisch-sozialen Aufgaben.
Man erkannte, daß sich die Probleme des einzelnen nicht durch individuellen Trost aus dem Glauben bewältigen lassen — höchstens verdrängen — sondern als gesellschaftspolitische Probleme verstanden und bewältigt werden müssen. Man erkannte, daß die Kirche in ihrer gegenwärtigen Struktur nicht fähig ist, diese Probleme in ihren Ursachen zu begreifen und zu verändern. Die Kirche ist uninteressant geworden für den größten Teil der Kirchensteuerzahler, weil sie sich als Institution verselbständigt hat wie alle politischen Institutionen im Spätkapitalismus. Ihr Aufbau spiegelt dasselbe formaldemokratische Prinzip wie die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ unseres Staates. Sie spricht von außen ihr Wort in diesen Staat hinein, ohne von unten aus dessen Gesellschaft getragen zu sein; sie tritt politischen Mißständen wie Naturereignissen mit Beileidsrklärungen und Erster Hilfe (Biafara) entgegen und gibt tröstende Worte anstelle von Aufklärung. Trotzdem ist diese Kirche gesellschaftlich nicht belanglos, denn nach wie vor hat sie eine absolut beherrschende gesellschaftliche Position an den Nahtstellen menschlichen Lebens — bei Geburt, Taufe, Tod. Nach wie vor liefert sie die moralischen Wertmaximen für un-

seren christdemokratischen Staat als wichtigste für die Festsetzung ethischer Werte dieser Gesellschaft zuständige Institution. Und nach wie vor trägt die Kirche in eben dieser Funktion bei zur Verfestigung der autoritären Strukturen in der Form (z. B. Verkündigung — Monolog eines einzelnen ohne Rückkoppelung zur Gemeinde) und im Inhalt (Festsetzung überkommener „sittlicher Werte“, die eine freie humane Entfaltung des einzelnen verhindern und sich nur durch Vorurteile, nicht christlich, begründen lassen).
In der Überzeugung, daß christlich-prophetische Tradition als Vorbild ein anderes Programm verlangt, wurde die Zeitung gestartet. Dabei arbeiten die Gruppen teilweise über die Kirche hinaus auf eine Reform der Gesellschaft. Die Zeitung wird dabei Forum sein für Information der Gruppen untereinander, für Kontakt zu anderen, z. B. katholischen Gruppen, für kritische Modelle, für Diskussion der Theorien. Sie ist somit nicht Konsumblatt, sondern Forum für die vorrangige praktisch-theoretische Arbeit der Gruppen.
Als eine dieser Gruppen versteht sich die evang. Studentengemeinde Bochum, die hiermit auch auf ihre Arbeitskreise hinweisen will — z. B. über Hochschulfragen, Mitbestimmung, Entwicklungshilfe — und auf die nächste größere Aktion zum Kirchbau.
Information jederzeit: Baracke 9 hinter der Mensa, esg

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN


BRILLEN **Hagemann**
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar • unzerbrechlich
SÜDRING 20

denen hinterlegten ihn bei einem Notar. Die Akademieleitung behauptet jetzt, die Studenten hätten den Streifen gestohlen, um ihn bei passender Gelegenheit ins Rektorat zu schmuggeln. Die Studentenvertreter erstatteten Strafanzeige wegen Verleumdung.
Die Akademieleitung hat die verbliebenen Studenten eindringlich vor jeder Protestaktion gewarnt. Dazu ein Studentensprecher: „Was man sich an der FU schon längst nicht mehr mit den Studenten leisten kann, das exzerziert man jetzt am schwächsten Glied der Westberliner Hochschulen vor. Wir hoffen auf die Solidarität aller Studenten.“
Köln
Go-in ins Rektorat
200 Studenten besetzten in Köln das Rektorat, nachdem der Kleine Senat an einem geheimgehaltenen Ort tagte. Die Studenten wollten für die Sitzung des Kleinen Senats, bei der über die neue Universitätsordnung entschieden werden sollte, die Öffentlichkeit herstellen.
Nach der Aktion rief der AStA eine Vollversammlung der Studentenschaft ein und stellte den Antrag, das vom SDS initiierte go-in zu mißbilligen. Dieser Plan scheiterte; 950 Studenten solidarisierten sich mit den inhaltlichen Forderungen der Aktion.

75 DM Krankenkasse ab 69 Studentenparlament beschließt Tarif

In sechs Sitzungen beschäftigte sich das Studentenparlament mit der Frage der Krankenversicherung, bis es jetzt endlich zu einer Beschlussfassung kam. Ab Sommersemester 1969 werden die Studenten 75 DM an die DSKV abführen müssen (bisher 48 DM). Gesetzlich Versicherte können wie bisher ihren Beitrag zurückerstattet bekommen. Anlaß für die schwerwiegende Entscheidung des Parlaments war die Kündigung des Versicherungsvertrags durch die DSKV und die damit verbundene Ankündigung einer Heraussetzung der bisherigen Tarife. Damit will die DSKV Verluste ausgleichen, die sie in diesem Jahr erlitten hat.
Als Begründung wurden vermehrte Inanspruchnahme der Kasse durch die Studenten und gesteigerte Kosten angeführt.
Das Parlament ging in seiner Diskussion von zwei Überlegungen aus: 1. Jeder Student muß gegen Krankheit versichert sein; 2. die jetzt auftretenden Tarifsteigerungen sollten sozial gerecht auf die Studenten verteilt werden, um einzelne Gruppen nicht übermäßig zu belasten.

Pläne, den Hilfsfonds des Studentenwerkes zur Umverteilung der Versicherungslasten heranzuziehen, wurden von Experten als rechtswidrig bezeichnet.
Da sich schließlich keine Versicherung anbot, die zu ähnlich niedrigen Tarifen wie die DSKV vergleichbare Leistungen gewährte, standen nur noch die beiden DSKV-Tarife zur Debatte: Tarif I: 75 DM pro Semester (bisher 48 DM), Befreiungsmöglichkeit für gesetzlich Versicherte; Tarif II: 48 DM pro Semester (bisher 36 DM), keine Befreiungsmöglichkeit. Die Leistungen sind bei beiden Tarifen gleich.
Das SP entschied sich bei drei Enthaltungen für die 75-DM-Lösung. Es empfahl gleichzeitig den privat versicherten Studenten, für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur DSKV ihre Privatkrankenversicherung ruhen zu lassen. Selbstverständlich können sie die DSKV auch als günstige Zweitversicherung betrachten, die im Krankheitsfall für Zusatzleistungen herangezogen werden kann. — gh-


Südtiroler
Jonathan-Äpfel
saftig, knackig
Handelskl. I
1-kg-Btl. **-98**
-96

Nach Abzug von 3%
Rückvergütung für Mitglieder


Schweinebraten
aus der Schulter
wie gewachsen **2.48**
500g 2.41

Nach Abzug von 3%
Rückvergütung für Mitglieder


Cirkel-Kaffee "Gold"
Spitzen-
mischung
tägl. röstfrisch **6.95**
500g 6.75

Nach Abzug von 3%
Rückvergütung für Mitglieder

Babette-Schokolade massiv und gefüllt	je 100-g-Tafel	-69	-67
Giovanni-Haselnüsse ausgesuchte Qualität	500-g-Beutel	1,69	1,64
Marzipan-Brote mit feinem Mandelgeschmack	5 Stück	-95	-93
Domino-Steine doppelt gefüllt	12-Stück-Packung	-98	-96
Gewürzspekulatius knusprig-duftend	500-g-Beutel	1,28	1,25
Stollwerck-Knuspergold auserlesene Pralinen	250-g-Packung	3,95	3,84
Weihnachtsteller für die Nikolaus-Überraschung	Stück	-95	-93

Frischwurst-Aufschnitt 5fach sortiert	100 g	-54	-53
Westf. Delikateß-Rollschnitten mager, ohne Schwarte	100 g	1,18	1,15
Rosenkohl zart und delikate	500 g	-49	-48
Rotbarschfilet seefrisch, in Läden mit Frischfischverkauf	500 g	2,36	2,29
Kugel-Edamer 40% Fett i. Tr., echter Holländer	200 g	-98	-96
Semmelstuten goldbraun gebacken	500 g	-70	-68
Bienenhonig reich an wertvollen Vitaminen	500-g-Glas	-89	-87

Diogenes-Sekt Spitzenqualität, sensationell günstig	2 1/4 Fl. inkl. St.	6,95	6,75
GEG-Weinbrand „Chronik“ mild, feiner Weinbrand	1/4 Flasche	7,75	7,52
Jam.-Rum-Verschnitt 45 Vol.%, „Rarität“, Spitzenqualität	1/4 Flasche	7,95	7,72
Oppenheimer Krötenbrunnen 1966er Spätlese	1/4 Flasche	2,95	2,87
Formosa-Stangenspargel eine butterzarte Delikatesse	1/4 Dose	3,78	3,67
Brechbohnen aus fadenfreier Züchtung	1/4 Dose	-79	-77
Kinder Go-cart stabile Rahmenkonstruktion	statt 39,50 nur	29,90	29,-



Morgen kommt der Nikolaus.
Wir haben eine große Auswahl
herrlicher Überraschungen!

Keine
Umwege
gleich
in den...

K O N S U M

teach-in Nr. 3

Kampagne zur Demokratisierung der Ruhr-Uni

Bisher haben die Studenten die Universität nur analysiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

Die Studenten sind in die Offensive gegangen. Sie haben die Taktik der Professoren durchbrochen. Konnten diese sich bisher darauf verlassen, daß die Studentenvertreter sich auf faule Kompromisse einlassen und sie gegenüber den anderen Studenten verteidigen, so ist dieses Herrschaftsarrangement von den Studenten zerschlagen worden. Jetzt bestimmen sie! Nicht mehr die Anpassung an diktierte Forderungen, sondern die aktive Durchsetzung demokratischer Rechte ist die Parole der Stunde.

Im Senat wurde behauptet, die Studenten agierten faschistisch. Eine solche Äußerung disqualifiziert sich selbst: die Erkämpfung demokratischer Rechte hat nichts zu tun mit der Aufzwingung einer anti-humanen Meinung, wie sie von den Faschisten mit brutalem Terror betrieben wurde. Kein Professor trägt einen Judenstern. Wenn Studenten die Errichtung einer kritischen und demokratischen Universität betreiben, so versuchen sie gerade jenem unkritischen Denken bei zahlreichen Professoren entgegenzuwirken, daß widerstandslos sich dem Faschismus auslieferte. Aber die Herstellung von ungeschlichen und ungerechtfertigten Analogien ist bezeichnender Ausdruck eines Herrschaftsdenkens. Es entspricht jenem gern geübten Brauch, sich auf Formalia zu berufen, die doch nur Symptom der bestehenden Herrschaftsstrukturen sind. Die Verwechslung von Legalität und Legitimität, die sich in solchem Denken dokumentiert, kann nur bedauert, aber nicht mehr diskutiert werden. Die Zeit ist über solche Fossilien konservativ-reaktionären Denkens hinweggeschritten. Die Kampagne zur Demokratisierung der Ruhr-Universität hat uns dies gelehrt.

Diese Kampagne wurde initiiert vom AstA. Aber sie wird inzwischen nicht mehr allein vom AstA getragen. Die Studenten verlassen sich nicht mehr allein



Bochumer Studenten nehmen Hochschulreform in die eigene Hand

auf ihre gewählten Vertreter, sie nehmen ihre Sache selbst in die Hand. Sie bilden in einzelnen Abteilungen Aktionsausschüsse, die Studenten aufklären und nach der Diskussion in Vollversammlungen konkrete Beschlüsse zur Umgestaltung der Organisation der Wissenschaftsverwaltung und des Wissenschaftsprozesses verabschieden.

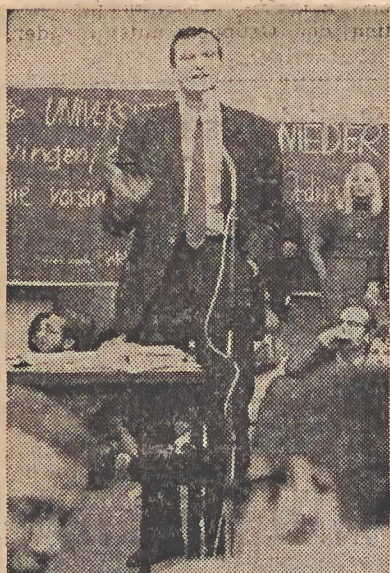
In diese Universität ist eine fruchtbare Unruhe gekommen. Das bisher bei vielen Studenten vorhandene Unbehagen an den bestehenden Verhältnissen kann sich endlich politisch artikulieren. Die Kampagne zur Demokratisierung der Ruhr-Universität hat einen Prozeß in Gang gesetzt. Es gibt nun nicht mehr wenige Erzieher, die viele erziehen, sondern die Studenten lernen selbst durch eigenes Handeln. Nicht mehr steriler Akademismus, sondern das praktische Tätigwerden als Antizipation von revolutionärer Einheit von Theorie und Praxis wird deutlich.

Aber noch steht diese Bewegung in ihren Anfängen. Noch hat sie nicht die Probleme im einzelnen überwunden, noch stehen ihr Schwierigkeiten entgegen, nicht zuletzt die Hindernisse, die eine kapitalistische Gesellschaft diesem Emanzipationsprozeß bereiten wird. Erst die Revolutionierung dieser Gesellschaft vermag den eingeleiteten Prozeß vollenden. Wir sollten dies nicht in einer vordergründigen Euphorie vergessen.

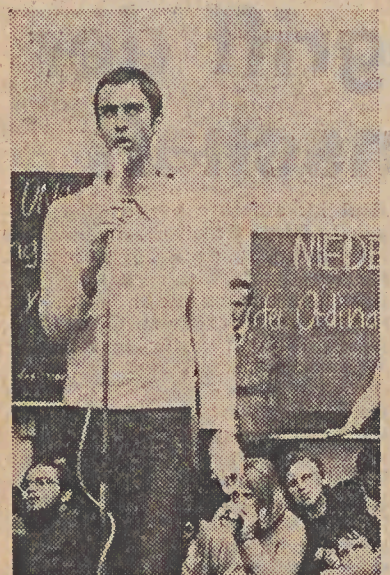
Eine „im emanzipativen Selbstverständnis der Wissenschaften begründete Autonomie der Universität (kann) nicht mehr in der abstrakten Alternative zwischen einer apolitischen und einer politisierten Hochschule gedacht werden“; es gilt, „entweder die Gesellschaftsverhältnisse konsequent zu demokratisieren oder einer autoritären, im Extremfall faschistischen Politisierung Vorschub zu leisten“ (Oskar Negt).

Guido Boulboullé

Man kann ...



... durch endlose Diskussion den großen Konsensus herbeiführen wollen (v. Magnis, BSU) ...



... irgendwie dagegen sein (Strych, RCDS)



... die parlamentarische Geschäftsordnung beachten (Schneider, Parlamentssprecher) ...



... die Hochschulreform in die eigene Hand nehmen (Boulboullé, AstA) ...

Studenten kaufen
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
in ihrer
Trinkhalle Kothhoff
(an der Mensa)

- Antiquitäten -
liebenswerten Trödel
aus Großmutter's Zeit
und vieles andere mehr
finden Sie in der
Antique-Boutique
Bochum
Nordring 68 / Ecke Franzstraße

Die neue Hochschulpolitik des VDS

Politische Aktionen müssen von den Arbeitsplätzen der Studenten ausgehen

Am 29. 10. 68 erläuterte der VDS auf einer Pressekonferenz die für das Wintersemester beabsichtigten Aktivitäten

Der Schwerpunkt der politischen Aktionen liegt im Kampf um die Herstellung von Öffentlichkeit in der Hochschule und in der Erringung bzw. Praktizierung von Mit- und Selbstbestimmung im Studium.

Die politische Analyse des VDS

In der Kritik der Hochschulpolitik des letzten Semesters war sich die Mehrzahl der VDS-Studentenvertreter einig, daß es nicht gelungen ist, den durch allgemeinpolitische Anlässe (Springer, Notstand, Vietnam) politisierten Studenten den Zusammenhang dieser Aktionen mit ihrer eigenen gesellschaftlichen Situation, den Verhältnissen an ihrem Arbeitsplatz und den Anforderungen, denen sie in ihrem Studium unterworfen sind, zu vermitteln.

Politik und Studium blieben getrennt

Das politische Engagement setzte sich nicht in hochschulpolitische Aktivitäten um. Politik und Studium blieben getrennt. Die bestehende Wissenschaftsorganisation und die sie begründenden, als „unpolitisch“ verstandenen Inhalte blieben bis auf wenige Ausnahmen unangetastet. Die Studenten agierten als Staatsbürger, nicht als Wissenschaftler.

So war es kein Wunder, daß die Bewegung sehr schnell zusammenbrach, als sich keine „äußeren“ Anlässe zu Aktionen mehr boten. Die allgemein festgestellte Resignationsphase nach den Notstandsaktionen leitete sich nicht nur daraus ab, daß die zur Durchsetzung studentischer Vorstellungen notwendigen Bündnisse mit anderen Gesellschaftsgruppen, insbesondere den jungen Arbeitern, unzureichend waren, sondern daraus, daß die Aktionen nicht von den Arbeitsplätzen der Studenten, aus den Instituten und Seminaren heraus entwickelt wurden. Die Verbindung mit der Analyse der Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit unterblieb: Die Studenten fühlten sich nicht an ihren eigenen materiellen Wissenschaftsinteressen gefaßt.

Verselbständigung der Funktionäre

Die Arbeit etwa an Universitäts-satzungen bzw. Hochschulverfassungen blieb abstrakt; ihre Bedeutung für das eigene Studium wurde nicht einsichtig, weil sich für den einzelnen Studenten „unten gar nichts veränderte“. Die Aktivität

der Studentenvertreter wirkte auf die Masse der Studenten nicht mobilisierend. Es verstärkte sich eine Tendenz, die das bestehende Repräsentativsystem ohnehin enthält: Die Vertreter verselbständigten sich gegenüber den Vertretenen.

Die Trennung von Politik und Studium reproduzierte sich so selbst in der Hochschulpolitik. „Studentenpolitiker“ standen der Masse der „normalen“ Studenten gegenüber.

Modellversuche

Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Vorstand des VDS schon am 22. Mai d. J. Modellversuche an einzelnen Instituten vorgeschlagen, die Formen von Selbstbestimmung der Studenten am Arbeitsplatz praktizieren und damit den bestehenden Studien- und Forschungsbetrieb praktisch kritisieren und verändern sollten. „Modell“ bedeutet nicht reformistischer Versuch einer Satzungsänderung, wodurch die vorhandenen Autoritätsverhältnisse eher verschleierte, als daß die kritische Selbständigkeit der Studenten hervorgerufen würde. „Modell“ bezog sich vielmehr auf den exemplarischen Charakter dieser Versuche.

Ihr Erfolg (inzwischen wurden in Berlin, Marburg, München, Münster, Saarbrücken und Bochum diese Versuche begonnen) bemißt sich daran, wie weit faktisch Erfolge auf dem Weg zu einer demokratischen Universität erreicht werden, inwieweit also im Vorgriff demokratische Arbeitsformen und -inhalte durchgeführt werden können. Wann immer aber institutionelle Absicherungen möglich sind, sollten sie ergriffen werden; auch wenn diese Absicherungen nur Teile des erstrebten Ziels betreffen werden, verbessern sie die Ausgangsposition zur endgültigen Erreichung des Ziels.

Selbstbestimmungskampagne

Um zu verhindern, daß solche Modellversuche vereinzelt bleiben und die daran beteiligten Studenten zu „Einzelkämpfern“ werden, hat der VDS die „Selbstbestimmungskampagne“ geplant.

Ziel dieser Aktion ist es, eine inner- und außeruniversitäre Öffentlichkeit für die Modellversuche herzustellen und durch Erzwingung von Mitbestimmung in allen Organen und Anstalten der Hochschule eine öffentliche Diskussion über die Aufgabe von Wissenschaft und die sich daraus ergebende Wissenschaftsorganisation und Hochschul-

struktur zu erreichen. Auch diese Aktion muß von unten, d. h. von Institutsversammlungen her entwickelt werden.

Den zentralen Organen der Studentenschaft kommen vornehmlich Koordinationsaufgaben und die Verbindung zu außeruniversitären Gruppen und Verbänden (Gewerkschaften, Parteien usw.) sowie zu den Massenmedien zu.

Die Reaktion formiert sich

Da sich die Reaktion bundesweit formiert und sich die Hochschulen dem koordinierten Angriff durch perfektionistisch-technokratische Hochschulgesetze gegenübersehen, müssen die studentischen Aktionen auf möglichst breiter Basis durchgeführt werden.

Die verabschiedeten oder geplanten Hochschulgesetze zeigen deutlich die Tendenz, statt der Studienreform die Studentenreform durchzuführen; Numerus clausus und Zwangsexmatrikulation, Zwischenprüfungen (bei unüberprüfbarer Prüfungspraxis) und studentisches Ordnungsrecht, Straffung des Studiums und seine Ausrichtung an vorgegebenen Berufsbildern und -qualifikationen sollen die Disziplinierung und Anpassung der Studenten an die Erfordernisse von Wirtschaft und Verwaltung gewährleisten und die kritisch-wissenschaftliche Überprüfung jener gesellschaftlichen Verhältnisse unmöglich machen, in die sie hineinfunktioniert werden.

Die Frage des Bündnisses

Die staatsdirigistische privatwirtschaftliche Verplanung der Aufgaben und Leistungen der Universität im gesellschaftlich herrschenden Interesse, d. h. im Interesse der in Staat und Gesellschaft Herrschenden muß aufgehoben werden, indem alle wissenschaftlich Arbeitenden sich ihrer individuellen und gesellschaftlichen Interessen bewußt werden, die jenen entgegenstehen.

Die Wahrung dieser Interessen, d. h. die Erreichung von Selbstbestimmung der wissenschaftlichen Arbeiter über die Bedingungen, die Zwecke und den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Tätigkeit, setzt aber eine inhaltlich und organisatorisch neu bestimmte demokratische Hochschule voraus, die die Universitätsangehörigen nicht aus eigener Kraft, sondern nur im Bündnis mit jenen Kräften erkämpfen können, die aus ihrer gesellschaftlichen Stellung heraus ein objektives Interesse an der Ausweitung von Selbstbestimmung haben.

Das sind unter den gegebenen Voraussetzungen in erster Linie die Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen. Da diese Organisationen jedoch weitgehend in die bestehende Gesellschaft integriert sind, werden die Studenten nur soweit mit ihnen zusammengehen können, wie sie ihre Ziele mitverfolgen bzw. wie Studenten Teilziele mit ihrer Hilfe erreichen können.



Studentische Konterrevolutionäre:

Rechtsradikale Studenten, NPD-Anhänger und Korporierte stellten sich den Senatoren der Ruhr-Uni als ungebetene Autoritätshelfer zur Verfügung, um das Go-in am Montag gewaltsam zu verhindern.

Selbstorganisation als primäre Forderung für die Abteilungen

Die Sozialwissenschaftler wollen Studienbetrieb selbst übernehmen

Studenten der sozialwissenschaftlichen Abteilung zogen endlich Konsequenzen aus täglicher Erfahrung: daß das Recht auf Selbstbestimmung im Studium verweigert wird, daß ohnmächtige Appelle an Professoren fruchtlos bleiben müssen.

Etwa 20 Studenten der Abteilung, darunter viele Studienanfänger, begleiteten spontan die beiden Fakultätsvertreter zur ersten Fakultäts-sitzung, auf der sie über eine Berufungsliste hätten mitberaten dürfen — das allerdings nur, nachdem nur noch ein Kandidat übriggeblieben war; warum ausgerechnet dieser wußten die Studentenvertreter allerdings nicht, denn sie wurden erst in der letzten Phase der Verhandlung hinzugezogen, nachdem sie zwei Tage vorher inhaltsleere Protokolle der vorhergehenden Sitzungen erhalten hatten und erstmalig erführen, um wen es geht. Als die Studenten auf ihrem verfassungswidrigen Verhalten beharrten und durch ihre bloße Anwesenheit manifeste Gewalt auf Professorenherzen ausübten, durchbrach der Dekan Papalekas seinerseits die Fassung und ließ die Liste ohne Diskussion trotz Öffentlichkeit verabschieden. Diese Aktion konnte deshalb so erfolgreich sein, weil sie von denen initiiert wurde, die sie auch durchgeführt haben, und nicht etwa durch einen Unterstützungsauftritt des Fachschaftsvorstandes. Der machte nämlich bisher studentische Politik hinter verschlossenen Türen und freute sich über jede Zustimmung von profess-oraler Seite. Direkte Aktionen — wie dieses Go-in — müssen aber getragen sein vom Bedürfnis nach Selbstbestimmung, als der Beteiligung aller an den Entscheidungsprozessen.

Go-in gebilligt

Die Aktualisierung dieser Forderung durch das Go-in wurde am Hochschultag in der Fachschaftsvollversammlung der Sozialwissenschaftler aufgenommen und weitergetrieben. Die Versammlung unterstützte die Erzwingung der Öffentlichkeit und beschloß, die nächste Fakultäts-sitzung, auf der die Studienordnung, beraten werden soll, in eine Abteilungs-vollversammlung umzufunktionieren. Da die Unzulänglichkeiten der Abteilung aber immer unerträglich werden, beschloß die Versammlung folgendes Programm:

- **Prinzipielle Öffentlichkeit aller Entscheidungsgremien und Ausschüsse,**
- **Beteiligung der Studenten bei allen Angelegenheiten, die zur Beratung und Beschlussfassung anstehen,**
- **Beschluß einer neuen Organisationsstruktur der Abteilung und**

einer neuen Studienordnung durch eine Abteilungsvollversammlung,

- **Anerkennung der nichtwissenschaftlichen Angestellten und Arbeiter als Mitglieder der Abteilung,**
- **Anerkennung der Forderungen des Aktionsprogramms der Studentenschaft.**

Wenn die Erfüllung dieser Forderungen nicht bis zum 16. Dezember zugesichert wird, treten die Studierenden der Abteilung in einen unbefristeten Streik. Sie werden in dieser Zeit den Studienbetrieb selbst organisieren. Sowohl zur Studienordnung als auch zur Organisationsstruktur der Abteilung liegen von den Studenten Entwürfe vor, die Grundlage einer sofortigen Diskussion und Beschlussfassung sein könnten.

Vollversammlung als Beschlußorgan

Aus den Mängeln bisheriger Fachschaftspolitik, die durch das Go-in am Mittwoch offenbar wurden, nämlich das Informationsmonopol der Fachschaftsvorsitzenden und die auch durch sie objektiv behinderten Möglichkeiten der Selbstbestimmung, wurden unmittelbar Konsequenzen für die Organisation der Arbeit in der Fachschaft gezogen: Der Fachschaftsvorstand wurde aufgelöst, einzig legitimes beschlußfassendes Organ ist die Vollversammlung, die zunächst regelmäßig dienstags um 13.00 h tagt.

Sie setzt Ausschüsse und Aktionskomitees ein, die die anfallenden Arbeiten erledigen, die Gesamtstrategie für die nächsten Monate und einzelnen Aktionen planen und vorbereiten. Sie sind der Vollversammlung verantwortlich, an ihrer Arbeit nimmt jeder Interessierte mit gleichen Rechten teil. Die Ausschüsse werden nach dem Prinzip der Arbeitsteilung, nicht der Delegation errichtet.

Selbstorganisation

Ziel der Politik in der nächsten Zeit wird es sein, das Modell einer Selbstorganisation der Studierenden zu liefern, die in der Lage ist, einen den Bedürfnissen der Studierenden entsprechenden Studienbetrieb einzurichten und Möglichkeiten sozialwissenschaftlicher Praxis aufzuzeigen.

Daß die selbstorganisierten Studenten die Macht in der Abteilung nur

sehr befristet ausüben können, sollte nicht daran hindern, selbst einen praxisbezogenen Wissenschaftsbetrieb zu organisieren, indem wir wenigstens für einige Zeit die Abteilung selbst übernehmen, um dann kontinuierlich weiterzuarbeiten.

Vollversammlung der Germanisten beschließt: Diskussionsforum statt Vorlesung

Im Anschluß an die Universitäts-vollversammlung vom 28. 11. haben über 100 Germanisten die generellen Forderungen des Aktionsprogramms für ihr Institut präzisiert und folgende Resolution verabschiedet:

Zum 12. 12. wird eine Germanisten-Vollversammlung I einberufen, die Form und Inhalt der wissenschaftlichen Veranstaltungen (Vorlesungen, Seminare, Übungen, Kurse etc.) des Germanistischen Instituts für das SS 69 diskutiert und allgemeine Richtlinien für Form und Inhalt dieses Programms beschließt. Weiterhin wird auf dieser VV ein aus „Lehrenden“ und „Lernenden“ halbpäritätisch zusammengesetzter Ausschuß gebildet, der die verabschiedeten Richtlinien in einem detailliert ausgearbeiteten Semesterprogramm konkretisiert.

Historiker bilden Komitee

Fachschaftsvorstand fordert Öffentlichkeit

Die Demokratisierungsbestrebungen der Studentenschaft machen auch vor der Abteilung Geschichtswissenschaft nicht halt. Es besteht alle Aussicht, daß die historische Fachschaft, die man bisher ohne Übertreibung zu den verschlafenen der Universität rechnen konnte, im Rahmen der Kampagne zur Demokratisierung der Hochschule aktiv wird.

Nach der letzten Vollversammlung diskutierten Vertreter der politischen Hochschulgruppen mit ihren Kommilitonen von der Historie über Wissenschaftsbegriff, gegenwärtige Struktur der Abteilung

Studienreform der Juristen

Die Vollversammlung der juristischen Abteilung fand am Mittwoch unter Beteiligung von etwa 160 Studenten statt. Nach langwierigen Geschäftsordnungsdebatten diskutierte man die Studienreform anhand konkreter Ansätze. Ein studentischer Arbeitskreis hat sich in diesem Semester konstituiert, der die Vorlesung „Allgemeine Staatslehre“ von Prof. Ossenbühl formal und inhaltlich kritisch kommentiert und ein Kontrastprogramm erarbeiten will.

Ausgehend von dieser privaten Initiative forderte die Vollversammlung mit großer Mehrheit die Fachschaft auf, zusammen mit der Fakultät und den Studenten des jeweiligen Semesters experimentell das gegenwärtige System der Vorlesungen und Repetitorien zugunsten selbständig arbeitender Studiengruppen mit koordinierendem Tutoren- und Kolloquiensystem zu verändern.

In der nächsten Fakultäts-sitzung sollen die Vertreter der Fachschaft — laut Beschluß der Vollversammlung — Öffentlichkeit fordern. Wird diese nicht gewährt, soll die Fachschaft die Jurastudenten aufrufen, sie zu schaffen. Die Diskussion über die Forderungen des Aktionsprogramms der Studentenschaft konnte nicht stattfinden, da dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Vollversammlung vertagt wurde. Sie wird in der nächsten Woche voraussichtlich Montag oder Dienstag stattfinden.

teach-in

6. 12. 68, 13.30 Uhr, Baracke 9: Gemeinsames teach-in der Mitglieder und Freunde von SHB, HSU, SDS, ESG, KSG, GSG. Es sollen taktische Fehler in bisherigen Vollversammlungen diskutiert werden, um eine Paralyse der notwendigen einheitlichen Strategie in der Demokratisierungskampagne zu vermeiden.

Wichtig für SoWis

Fachschafts-Vollversammlung der Sozialwissenschaftler jeden Dienstag um 13 Uhr.

Programm der Psychologen

Zur Demokratisierung ihrer Abteilung

Am Dienstag fand anstelle der Hauptvorlesung eine Vollversammlung der Psychologen statt, die die Institutsreform behandeln sollte. Dies war ein Beschluß der Vollversammlung der Psychologen, die nach der Uni-Vollversammlung stattfand.

Als die Zeit dieser Vollversammlung nicht ausreichte, wurde beschlossen, anstelle einer weiteren Lehrveranstaltung am Nachmittag die VV fortzusetzen. Die Teilnehmer dieser Veranstaltung stimmten dem zu. Ergebnis dieser verlängerten VV war ein Aktionsprogramm zur Demokratisierung des Instituts. Sechs Forderungen wurden an das Insti-

tut bzw. die Fakultät der Abt. III gestellt:

1. Die Fakultät soll auf Antrag des Psychologischen Instituts noch in diesem Semester beantragen, daß das Psychol. Inst. zu einer eigenen Abteilung wird.
2. Alle Gremien der Abteilung bzw. des Instituts tagen öffentlich (d. h. Aushang von Termin, Ort, Tagesordnungspunkten; Zulassung von Zuhörern, die Rede und Antragsrecht haben; Veröffentlichung der Verlaufsprotokolle aller Sitzungen).
3. Das Institutsdirektorium des Psychol. Inst. wird aus je drei Habilitierten-, Studenten-, Assistenten- und Angestellten-Vertretern gebildet.
4. Es wird eine halbpäritätische Kommission aus Lehrenden und Lernenden (1 Habilitierter, 2 Assistenten, 3 Studenten) gebildet, die das Veranstaltungsprogramm und die Durchführung desselben beraten, entwerfen und der Vollversammlung zum Beschluß vorlegen soll.
5. Berufungsverfahren werden öffentlich angekündigt und finden per Ausschreibung statt. Das Institut bildet eine drittelparitätische Kommission, die öffentlich über die Definition des Lehrstuhls, den in Frage kommenden Personenkreis und über die endgültige Liste berät. Diese Liste wird der Fakultät als Vorschlag vorgelegt.
6. Die Punkte 2 bis 5 werden sinngemäß angewandt, wenn das Psychol. Inst. eine eigenständige Abteilung wird.

Dieses Aktionsprogramm wurde einstimmig angenommen. Diese Forderungen werden sofort den Habilitierten des Instituts vorgelegt. Innerhalb einer Woche sollen sie eine schriftliche Stellungnahme abgeben. In der kommenden Woche wird die Vollversammlung dann entscheiden, was für Aktionen unternommen werden, falls diese Forderungen vom Institut abgelehnt werden.

Diese Forderungen werden sofort den Habilitierten des Instituts vorgelegt. Innerhalb einer Woche sollen sie eine schriftliche Stellungnahme abgeben. In der kommenden Woche wird die Vollversammlung dann entscheiden, was für Aktionen unternommen werden, falls diese Forderungen vom Institut abgelehnt werden.

Diese Forderungen werden sofort den Habilitierten des Instituts vorgelegt. Innerhalb einer Woche sollen sie eine schriftliche Stellungnahme abgeben. In der kommenden Woche wird die Vollversammlung dann entscheiden, was für Aktionen unternommen werden, falls diese Forderungen vom Institut abgelehnt werden.

Diese Forderungen werden sofort den Habilitierten des Instituts vorgelegt. Innerhalb einer Woche sollen sie eine schriftliche Stellungnahme abgeben. In der kommenden Woche wird die Vollversammlung dann entscheiden, was für Aktionen unternommen werden, falls diese Forderungen vom Institut abgelehnt werden.

Sozialwissenschaftler bereiten Streik vor

In einer zweiten Vollversammlung am Dienstag gründeten 140 Studenten der Sozialwissenschaften zwei Komitees, die für alle offen sind und sich mit der Vorbereitung des Streiks im Januar beschäftigen werden.

Aufgabe des ersten Komitees wird es sein, eine Strategie für den Streik zu erarbeiten. Die erste Zusammenkunft findet am Montag, dem 9. Dezember, um 13 Uhr im Stauraum des sechsten Stockes statt. Am Freitag, dem 6. Dezember, um 13 Uhr am selben Ort tagt das zweite Komitee, das mit der inhaltlichen Vorbereitung des Streiks beschäftigt sein wird.

In einer Kampfabstimmung lehnte die Vollversammlung ein erneutes Go-in bei der Fakultäts-sitzung am Mittwoch ab.

Vollversammlung der Ev. Theologen plant: Kritische Gegenseminare

„Man kann die Universität nur dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihr ihre eigene Melodie vorspielt“ — diese Parole der letzten Vollversammlung soll jetzt in der Abteilung Ev. Theol. befolgt werden. Studenten dieser Abteilung, die die Hoffnung aufgegeben haben, daß Hochschule und Studium von offizieller Seite demokratisiert werden, haben erste Schritte unternommen, unabhängig vom Lehrpersonal ihre Ausbildung selbst zu gestalten.

In diesen Tagen konstituierten sich zwei Kurse der Fachschaft: Einer über „Theologie des NT“ soll parallel zu einer Hauptvorlesung gleichen Themas die Möglichkeit geben, den Stoff der Vorlesung effektiver und schneller aufzuarbeiten. Der Leistungsvorteil einer autonomen arbeitenden studentischen Gruppe gegenüber den traditionellen Lehrveranstaltungen soll evtl. am Ende des Semesters durch eine Testklausur, an der Teilnehmer des Kurses und der Vorlesung teilnehmen werden, bewiesen werden — falls die Fakultät diese Leistungskontrolle wünscht.

Diesem Kurs der Fachschaft liegt folgende Konzeption zugrunde: Die Studenten sollen in möglichst kurzer Zeit befähigt werden, den Examensanforderungen zu genügen, um Zeit für Dinge zu gewinnen, die sie für vernünftig halten. Wenn diese Kurse der Fachschaft erst in allen theologischen Disziplinen angeboten werden können, werden

die offiziellen Lehrveranstaltungen zum größten Teil für die Studenten vom ersten Semester an uninteressant werden. Gleichzeit wird der notwendige Zeitaufwand zur Erfüllung der Examensanforderungen auf ein Minimum (man rechnet mit höchstens vier Semestern) reduziert sein. Hier setzt der zweite Kurs der Fachschaft ein: Die Selbstorganisation des eigenen Studiums soll ihre Inhalte und Ziele auf den Beruf hin ausrichten, für den das Examen die formelle Legitimation liefert. Studium wird dabei als Erarbeitung einer kritischen Theorie des künftigen Berufes begriffen. Ein Arbeitskreis zur neueren Religions- und Kirchensoziologie soll dazu die ersten kritischen Analysen liefern.

Die Fachschaft wird wahrscheinlich für die Mitarbeit in beiden Kursen eigene Scheine ausstellen. Ob für einzelne der bereits angelaufenen offiziellen Lehrveranstaltungen ebenfalls Scheine der Fachschaft ausgegeben werden, ist noch nicht sicher.

Ziel dieser Aktionen der Fachschaft ist die Herstellung einer faktischen Doppelherrschaft in der Abteilung. Erst wenn die Studenten durch eine Fülle eigener Lehrveranstaltungen bewiesen haben, daß sie ihr Studium sachgemäß und kritisch gestalten, werden sie mit ihren materiellen Forderungen (z. B. Drittelparität) in der Öffentlichkeit Verbündete finden.

Habermas zum Begriff der kritischen Wissenschaft

Wir haben heute dringender denn je auf unsere Verantwortung als Wissenschaftler, und damit auf das Verhältnis von Theorie und Praxis zu reflektieren. Wir können heute feststellen, daß die Theorien vieler analytisch-empirischer Wissenschaften unpraktisch sind, d. h. sie können sich zur technischen Gewalt entfalten, „ohne auf das Handeln zusammenlebender Menschen untereinander ausdrücklich bezogen zu sein“. Das „Verfügungswissen“ (Wenn-Dann-Aussagen eines technischen Systems) kann „keine praktisch hilfreiche Orientierung für gelebte Situationen“ leisten, es kann nur „zu technischen Fertigkeiten, nicht aber zu praktischen Fähigkeiten“ verhelfen. Das Verfügungswissen positivistischer Herkunft „ist mit der Potenz aufgeklärten Handelns nicht zu verwechseln“. Für uns stellt sich außerdem das Problem, daß sich „die wissenschaftlich gelösten Probleme der technischen Verfügung in ebenso viele Lebensprobleme (verwandeln): denn die wissenschaftliche Kontrolle natürlicher und gesellschaftlicher Prozesse entbindet die Menschen nicht vom Handeln“. „Wenn Technik aus Wissenschaft hervorgeht — und zwar die Technik der Beeinflussung menschlichen Verhaltens nicht weniger als die Beherrschung von Natur — dann be-

darf das Einholen dieser Technik in die praktische Lebenswelt erst recht der wissenschaftlichen Reflexion“. Deshalb dürfen wir „die Rationalisierung nicht an den Grenzen des Bereichs technischer Verfügung stillstellen. Mit der Atombombe läßt sich nach den machtpolitischen Faustregeln einer dreitausendjährigen Militärgeschichte nicht leben ... Der vorwissenschaftliche Horizont der Erfahrung wird infantil, wenn der Umgang mit den Produkten angespanntester Rationalität auf naive Weise in ihn eingelegt werden soll“. Unsere Verantwortung ist deshalb „ein von den objektiven Folgen des Forschungsprozesses erzwungenes und nur in ihm selber einlösbares Dilemma“. Die Verantwortung läßt sich nicht „auf die ethische Dimension der persönlichen Haltung einschränken; in der politischen Dimension, um die es geht, muß vielmehr die theoretische Anleitung zum Handeln aus einem wissenschaftlich explizierten Weltverständnis folgen“. So verliert auch der technische Fortschritt „den suggestiven Schein einer Art Automatik, wenn man den gesellschaftlichen (d. h. kapitalistischen) Interessenszusammenhang reflektiert, von dem seine konkrete Richtung bestimmt wird“, und so müssen wir die Ergebnisse unserer Arbeit im

Hinblick auf ihre praktischen Folgen in dieser Gesellschaft wiederum interpretieren, denn „die Aufgabe, die wissenschaftlich vergegenständlichten Beziehungen in das Netz der gelebten Bezüge zurückzuübersetzen, fällt in erster Instanz der Wissenschaft selber zu“. Wir haben in der Wissenschaft diese doppelte Funktion zu erfüllen. Wir können die Verwendung unserer Ergebnisse „heute nicht mehr den zufälligen Dezenten einzelner oder dem sogenannten Pluralismus von Glaubensmächten allein überlassen. Es geht darum, einen praktisch folgenreichen Wissensstand nicht nur in die Verfügungsgewalt technisch hantierender Menschen zu geben, sondern auch in den Sprachbesitz der kommunizierenden Gesellschaft zurückzuholen“. Damit kann unsere Verantwortung „auf den Resonanzboden der privaten Lebensgeschichte nicht mehr eingeschränkt sein; sie ist durch und durch politisiert“. „Nur wenn die Wissenschaften die permanente Erweiterung der technischen Verfügungsgewalt gleichzeitig im Horizont der praktischen Folgen, angesichts derer wir handeln müssen — und d. h. zugleich: aus historischen Voraussetzungen — reflektieren lernen“, werden sie die Möglichkeit zur kritischen Verantwortlichkeit haben.

HP Kasper

Bochumer Wohnheime: Orte repressiver Toleranz

2. Fortsetzung

Einen umfassenden Überblick über die Wohnsituation in den Bochumer Studentenheimen vermittelt eine Broschüre der Humanistischen Studentenunion unter dem Titel: „Studentenwohnhäuser in Bochum“.

Rund 1200, also ein Sechstel aller Studenten etwa, leben in den acht Querenburger Heimen: Eine Viertelstunde von der Uni entfernt liegen die beiden staatlichen Heime an der Laerholzstraße. Etwas weiter ist der Weg zu den Heimen an der Laerheidestraße, dem Reinold-von-Thadden-Haus, dem Hardenberg-Haus und dem Roncalli-Haus.

Doch die Verbindung zur Universität ist auch hier, wie vom benachbarten Haus Michael und Carl-Schurz-Haus, erträglich, da die Studenten an der nahen Unistraße von motorisierten Kommilitonen bereitwillig mitgenommen werden. Lediglich das Hegge-Kolleg liegt an der Glücksburger Straße etwas abseits, ist aber durch eine neugeschaffene Buslinie recht gut zu erreichen. Daneben gibt es noch ein Wohnheim in Bochum-Werne, das Haus Berlin.

Die Mietpreise für Einzelzimmer liegen zwischen 85,— DM (Staatl., Thadden-Haus, Haus Michael, Hegge-Kolleg) und 100,— DM (großes Zimmer im Hardenberg-Haus). Der Platz in einem Doppelzimmer kostet monatlich 70,— bis 75,— DM. Dazu kommen noch, von Heim zu Heim verschieden, Beträge für Bettwäsche, die in der Regel gestellt wird, für Strom, Heizung etc. Bei Mietbeginn muß zumeist eine Kautions für etwaige Schäden gestellt werden. Sie liegt im Thadden-Haus am höchsten — 85,— DM, eine volle Monatsmiete.

Die Mietverträge gelten in allen Heimen für jeweils ein Semester und müssen dann verlängert werden. Die Anzahl der Verlängerungen ist zumeist beschränkt. Im Hardenberg- und Thadden-Haus kann man maximal vier, in den staatlichen Heimen und im Hegge-Kolleg fünf Semester wohnen. Diese Regelung bezweckt, möglichst vielen Erstsemestern zunächst einmal einen Wohnheimplatz zu verschaffen.

Der Aufnahmeantrag dient bei manchen Heimen dazu, Auskünfte einzuholen, die den Verdacht der Manipulation beim Aufnahmeverfahren entstehen lassen. So fordern Haus Michael und das Hardenberg-Haus einen ausführlichen Lebenslauf, im Roncalli-Haus und im

Hegge-Kolleg, Hochburg katholischer Heimatmosphäre, will man gar wissen, ob der potentielle Mieter Mitglied in studentischen Vereinigungen ist.

Die Aufnahmecommissionen haben im Thadden-Haus und im Haus Michael eine studentische Mehrheit. In beiden Häusern wird über die Aufnahme nach objektiven und sozialen Kriterien entschieden. Das Akademische Förderungswerk praktiziert ein Listenverfahren. In den anderen Heimen jedoch scheint ein weltanschaulich wertfreies Auf-

nahmeverfahren nicht gewährleistet zu sein.

Die Disziplinierung in den Heimen beschränkt sich nicht nur auf die Forderung nach gegenseitiger Rücksichtnahme und schonender Behandlung des Mobiliars, wobei schon diese Bestimmungen oft auf die Spitze getrieben sind:

- Im Roncalli-Haus sollen auf der Etage Hausschuhe getragen werden.
- Im Hegge-Kolleg sollen in den Zimmern keine Lebensmittel aufbewahrt werden.

● Im Thadden-Haus dürfen auf der Etage nicht einmal Oberhemden gewaschen werden.

Doch darüber hinaus greifen fast alle Hausordnungen restriktiv in den Intimbereich des Mieters ein; sie sind von dem beherrscht, was die HSU-Schrift den „Anti-Sex-Komplex“ nennt.

Indiz dafür ist schon die separate Unterbringung der Geschlechter (Ausnahme: Hardenberg-Haus). Typisch im Thadden-Haus: die unteren vier Etagen werden von Männern, die oberen drei von Frauen bewohnt. Die Etagentüren sind nur mit den Schlüsseln der Etagenbewohner zu öffnen. Als kürzlich gar noch Türschreiber angebracht wurden (Begründung: „Durchzug“), witterten die Kommilitonen Sexualrepressives. Am Schwarzen Brett fand sich eine Karrikatur: Ein Männlein und ein Weiblein verdecken schamhaft ihre Blöße hinter zackigen Sicherheitsschlüsseln.

Stärkste Waffe sittenbewußter Heimträger gegen studentische Unzucht: Der 23- bzw. 24-Uhr-Paragraph. Außer im Thaddenheim und den staatlichen Heimen verbietet er nach diesem Zeitpunkt Besuche auf dem Zimmer. Da die Pflicht, Ruhe zu halten, ohnehin besteht, kann die Intention dieser Vorschriften schwerlich eine andere sein als die Beschränkung der sexuellen Aktivitäten in den sinnvollerweise sehr schmalen Wohnheimbetten auf die Masturbation.

Doch selbst in den katholischen Heimen, wo die Heimleitungen verpflichtet sind, im Sinne der katholischen Kirche erzieherisch zu wirken, werden die Besuchsvorschriften locker gehandhabt. Weder im Haus Michael noch im Hegge-Kolleg sind sie im laufenden Semester bisher durch Kontrollen oder Maßnahmen gegen Sünder aktualisiert worden; im Hardenberg-Haus hingegen liegt wieder ein Ausweisungsverfahren wegen überschrittener „Beilage-Zeit“ nach 23.00 Uhr an. Zwar haben die Ordnungsparagraphen oft als sexualrepressive Vogelscheuchen nur Präventivfunktion, beim autoritätsfixierten Bewußtsein vieler Heimbewohner reichen sie aber meist zur Disziplinierung aus.

Aufgabe von Studentenwohnheimen sollte es sein, Studenten billig, ruhig und unreglementiert wohnen zu lassen. Diese Aufgaben sind, wenn überhaupt, dann nur unvollkommen gelöst.



Hochschulgesetzentwurf der Assistenten

40% Lehrkörper, 40% Studenten, 20% Bedienstete in Grundgremien
Abschaffung der Habilitation und der Wissenschaftlichen Assistenten

Assistenten bereiten auf der Grundlage des Kreuznacher Hochschulkonzepts (siehe BSZ Nr. 31) einen eigenen Hochschulgesetzentwurf für NRW vor. Wichtigste Punkte sind:

- Alle an der Hochschule Tätigen, einschließlich der Arbeiter und Angestellten, werden erstmals zu Vollmitgliedern der Korporation Universität.
- Die Stimmverteilung in den Grundgremien der zweistufigen Selbstverwaltung (Konvent und Fachbereichsversammlung) zwischen Lehrkörper, Studierenden und wissenschaftlichem, technischem und administrativem Personal ist 40:40:20.
- In den 7—10 Mitgliedern umfassenden Verwaltungsgremien (Verwaltungsrat und Fachbereichsrat) gibt es keinen Stimmenproporz.
- Alle Kandidaten werden in den Grundversammlungen benannt und gemeinsam gewählt; allein die Stimmenmehrheit entscheidet.
- An der Spitze steht ein Hochschulpräsident, gewählt vom Konvent auf 4—6 Jahre, der einer Einheitsverwaltung vorsteht.
- Der Konvent rekrutiert sich aus je 5 Mitgliedern aller Fachbereiche nach dem Schlüssel 2:2:1.

Kooperation

statt ständischer Universität

Diese Änderungen der Organisationsform haben das Ziel, die überlebte ständische Universität mit gestuften Privilegien durch das Modell der partnerschaftlichen Kooperation aller Universitätsmitglieder zu ersetzen. Noch einschneidender sind die vorgeschlagenen Änderungen in der Lehrkörperstruktur.

- Alle bereits Habilitierten (Dozenten, außerordentliche und außerplanmäßige Professoren, Wissenschaftl. Räte und Abteilungsleiter) werden innerhalb eines Jahres zu Professoren ernannt.

- Der Lehrkörper besteht zukünftig nur noch aus Professoren (Lebenszeit) und Assistenzprofessoren (Anstellung auf 6 Jahre).
- Die Abschaffung aller Titel unter Wissenschaftlern zugunsten bloßer Berufsbezeichnungen fördert eine „herrschaftsfreie“ Diskussion nicht unerheblich.
- Nicht mehr die Habilitation, sondern allein der Nachweis einer wissenschaftlichen Qualifikation und einer entsprechenden Lehrbefähigung ist als Einstellungsvoraussetzung für Professoren wie Assistenzprofessoren erforderlich.
- Obligatorische Stellenausschreibung sichert Transparenz, Mobilität und Konkurrenz für Wissenschaftler in bisher unbekanntem Maße.
- Assistenzprofessoren haben gleiche Rechte und Pflichten im Lehrkörper; ihr Einstellungsalter sinkt auf durchschnittlich 26—29 Jahre.
- In spätestens 6 Jahren müssen sie sich erfolgreich um eine Professorenstelle beworben haben.
- Von einem Ordinarius abhängige Assistenten, die nach 3 Jahren Promotionszeit nochmals 6—8 Jahre bis zur Habilitation unselbstständig sind, gibt es nicht mehr.

Die Assistenten glauben, daß das Bild des Wissenschaftl. Assistenten als sechs- und mehrjähriger „Wissenschaftslehrling“ bei einem „Wissenschaftsmeister“ der Zunftideologie vergangener Zeiten angehört und dem Wissenschaftsprozess den größten Schaden zufügt. Die Phase der größten Kreativität, die anerkanntermaßen — nicht nur bei Naturwissenschaftlern — vor dem 30. Lebensjahr liegt, soll der Nach-

wuchswissenschaftler hierarchisch unabhängig nutzen können. Er darf nicht durch wissenschaftsfremde „Dienstleistungen“ daran gehindert werden. Das ist wissenschaftsökonomisch wie volkswirtschaftlich genauso wenig vertretbar wie es die Unabhängigkeit der Persönlichkeit und die bewußte wissenschaftliche Haltung in der Gesellschaft fördert. Die Habilitation, im Regelfall erst nach 30 Jahren erbracht, steht häufig unter der Sterilität der Zweckbezogenheit, Abhängigkeit und Aufsicht. Da die Wissenschaft heute dringender denn je auf wissenschaftsbezogenen Service angewiesen ist, gilt es eine neue Art der Servicestruktur mit wissenschaftlichem, technischem und administrativem Personal aufzubauen. Diese Mitarbeiter haben selbstverständlich wie alle anderen Mitglieder der Universität an der Selbstverwaltung Anteil. Aber endlich müssen von den tatsächlich ausgeübten Funktionen her klare Scheidungen und Einstufungen vorgenommen werden.

- 40-Stunden-Woche für Servicepersonal mit möglichst eigenem (besserem) Tarif wie an freien Forschungsstätten.
- Weitgehend freie Arbeitzeiteinteilung der Professoren und Assistenzprofessoren für Forschung und Lehre (im Regelfall beträchtlich mehr als 40 Stunden).
- Keine Ausnützung von Studierenden durch Hilfstätigkeiten, deren alleiniges Ziel es sein soll, sich weiter wissenschaftlich zu qualifizieren.
- Stipendien für alle Aufbaustudenten (Graduierte, postgraduates) im Alter von 22—25 Jahren.
- Entwicklung neuer Selektionsmechanismen und Qualifizierungssysteme.

Grundstudium und Aufbaustudium

Bei diesem Modell ist ein durchschnittlich 4jähriges Grund- und Hauptstudium angesetzt. Was die angelsächsischen Länder in 3 Jahren schaffen, muß bei uns in mindestens 4 Jahren möglich sein. Jeder Absolvent des Hauptexamens, der seine Befähigung hierzu nachweist, hat das Anrecht auf ein Aufbaustudium (Graduiertenstudium), das grundsätzlich durch Stipendien zu finanzieren ist. Durch die Überführung eines Großteils der unzweckmäßig gewucherten m. d. V. b.-Stellen (mit der Verwaltung beauftragte, nichtpromovierte Assistenten) in Stipendien kann ein Teil der Mittel aufgebracht werden. Das neue Modell dürfte stellenplanmäßig im Endeffekt kaum teurer werden als das alte. Der relativ unkontrollierbare Stellenwucher unter der Schirmherrschaft einzelner Ordinarien ist unökonomisch und keineswegs so nachwuchsfördernd wie oft behauptet wird. Sonst sähe es anders an den deutschen Universitäten aus.

Trennung von Studentenschaft und Lehrkörper

- Grund- und Hauptstufenstudenten sowie graduierte Studenten und Kontaktstudenten bilden gemeinsam die Studentenschaft.
 - Das eine Drittel des Drittelparitätsmodells entfällt; es gibt keinen Mittelbau und keine Assistentenschaft mehr.
- Die klare Trennung in Studentenschaft und Lehrkörper mit gleichgewichtigem Stimmenanteil — unter substantieller Beteiligung des Personals, welches den Betrieb von Wissenschaft durch Schaffung der Organisation und Technik erst ermöglicht — gibt der Universität die Chance einer völlig neuen Verwirklichung von Wissenschaft in der Gesellschaft.

WESTFALENBANK

IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennerhofstr. 70
Tel.: 511315

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25



...auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immensende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankenkasse, die die ganze Geld verspricht, wie beruhigend, wenn die Dink die hohen Kosten übernimmt. Und außerdem noch ein Krankenhaustagegeld zahlt! Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Höhenstr. 82, Telefon 2 04 01
Bochum, 4630 Bochum, Filialdirektion, 4630 Bochum, Konstantstr. 66, Telefon 6 05 46-46



Reifenprobleme im Winter?

Wir helfen Ihnen mit geschulten Fachkräften und mit einem großen Lager sicherer Winterreifen!

REIFEN-SPEZIALDIENST
BOCHUM Blumenstraße 7
Telefon: (02321) 633 42

Werden Sie ein Vergölst-Kunde!



ADOLF LOEWE

Büromaschinen • Möbel • Organisation
Bochum • Kortumstraße 95 • Ruf 623 41

IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni

Im Westenfeld 22

Tel.: 511015

Zünftig in den Winter

Studenten reisen mit Studenten!

- * Ischgl 14 Tage Vollpension 278,-
- * St. Anton 14 Tage Vollpension 302,-
- * Spitzingsee 14 Tage Vollpension 270,-

Fragen Sie nach dem Winter-Programm bei

Studenten-Reisedienst Bochum

Lennerhofstraße 66 oder direkt bei dem Deutschen Studenten-Reisedienst, 53 Bonn Dietkirchenstraße 30

Rotbücher

- | | |
|--|--|
| 2. Paul A. Baran/Erich Fried/Gaston Salvatore: Intellektuelle und Sozialismus. 128 Seiten. DM 4,50 | 9. Ernesto Che Guevara: Guerilla - Theorie und Methode. 160 Seiten. DM 5,50 |
| 3. Almé Césaire: Über den Kolonialismus. 80 S. DM 3,50 | 10. Wilfried Gottschalk: Parlamentarismus und Räte Demokratie. Mit einem Lesebuch. 128 Seiten. DM 4,50 |
| 5. Mao Tse-tung: Über Praxis und Widerspruch. 96 Seiten. DM 3,50 | |
| 7. Wolfgang Dreßen: Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch. 160 Seiten. DM 5,50 | |

Abonnieren Sie die Rotbücher in Ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,- billiger. Der Verlag schickt gern den Almanach kostenlos. Berlin 31, Jenaer Straße 6

Wagenbach



BSZ-Leser antworten

Was meinen Sie wohl, wenn ich Professor oder Polizeipräsident wär. Glauben Sie nicht, daß man mit Ihrem Sauhaufen von Studenten schnell fertig würde? Mit Wasserwerfern und Gummiknüppel und wenn das nicht hilft mit MPi. Was meinen Sie, wie Sie alle artig wären. Ihren Pöbelstudenten muß es gehen wie in Mexiko und Griechenland, dort ist Ruhe. Erst müssen so zig liegenbleiben, so werden alle kuriert. Alle müßt Ihr nach Hause gejagt werden, die älteren Esel zuerst, Streikt Euch doch tot. Wer auf die Straße kommt, muß sein Leben riskieren. Nur so kann man Euch bekommen, nicht wie bisher? Ihr müßt wissen, wer Herr im Hause ist? Wer streikt, müßte sowieso entlassen werden.

Bochum, anonym, den 3. 12. 1968

Betr.: Uni-Vollversammlung am 28. 11. 68

So sehr ich der Ansicht bin, daß alle Angelegenheiten der Uni ausnahmslos studentische sind — denn für wen ist die Uni da? — und daß Studenten in angemessener Zahl zu allen Beratungen hinzugezogen werden müssen, so wenig scheint

mir, daß eine Vollversammlung wie die am 28. 11. uns diesem Ziel wesentlich näher bringt. Belügen die Funktionäre der verschiedenen Denominationen, die sich dort in narzisstischem Reigen mit immer denselben Argumenten umeinander drehen, uns? Oder belügen sie auch sich selber?

1. Ist nicht zu bezweifeln, daß ein Streik durchgeführt werden kann, wohl aber, daß zu gleicher Zeit eine Kritische oder Gegenuniversität — qualitativ der miserablen Ordinarien-Uni haushoch überlegen — aus dem Boden gestampft werden kann. Warum wird sie (außer, wie behauptet, an vereinzelten Fakultäten) nicht jetzt schon angeboten?

2. Ist evident, daß eine „Öffentlichkeit“ (Ult. 1), wie sie von H. P. Kasper auf der Germanistenversammlung definiert wurde — d. h. eine beliebige Anzahl von Studenten mit Mitspracherecht jedes Gremium und jede Kommission, auf welcher Ebene auch immer, zur völligen Arbeitsunfähigkeit lähmen würde. stud. phil. Barbara, Wackernagel

Prof. Halbfas kaltgestellt Abt Heising tritt aus Protest zurück

Kardinal Döpfner, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, hat angeordnet, daß alle kirchlichen Institutionen ihre an den Reutlinger Religionspädagogen Prof. Halbfas erteilten Aufträge zurückziehen müssen.

Wie das Sekretariat der Bischofskonferenz mitteilte, sei Prof. Halbfas in einem Gespräch mit den Kardinälen Döpfner und Jäger in der Frage der Jungfrauengeburt nicht zur Annahme der kirchlichen Lehre bereit gewesen.

Die Entscheidung der Bischofskonferenz ist nicht zuletzt deswegen in der Öffentlichkeit auf scharfe Kritik gestoßen, weil Prof. Halbfas und Kardinal Jäger nach dem „Dortmunder Gespräch“ erklärt hatten, es sei in allen wesentlichen Fragen Einigung erzielt worden.

Prof. Halbfas erfuhr zunächst durch die Zeitungen von seiner Kaltstellung; erst zwei Tage später wurde ihm ein schriftlicher Bescheid zugestellt. Darin heißt es, daß Halbfas' Auffassungen über das Verhältnis der Theologie als Wissenschaft zum Glauben der

Kirche und zum kirchlichen Lehramt weder dem „Wesen und der Aufgabe der Kirche“ entsprächen noch mit einem kirchlichen Lehrauftrag vereinbar seien. Dies gehe auch aus einem Schreiben hervor, das Halbfas zusätzlich zum Protokoll des „Dortmunder Gesprächs“ an die Bischofskonferenz geschickt habe.

Wie inzwischen bekannt wurde, handelt es sich dabei um ein bisher unveröffentlichtes Manuskript, das Prof. Halbfas der Bischofskonferenz zugesandt hatte mit der Bitte, es zu prüfen. Der höhere Klerus prüfte — und nutzte die Gelegenheit, den unbequemen Theologen zu feuern.

Aus Protest gegen die Maßnahme der Bischofskonferenz trat der Abt des Siegburger Benediktinerklosters, Alkuin Heising, von seinem Amt zurück. Alkuin Heising begründete seinen Schritt u. a. mit der Feststellung, daß er innerhalb der gegebenen autoritären Struktur der katholischen Kirche keine Möglichkeit mehr sehe, christliche Vorstellungen zu verwirklichen.

Sie haben Lust

Ihr Auto zu verkaufen (Tonband, Bücher, Schreibmaschine, Kamm, Seife usw.), die Freundin zu wechseln?

Sie suchen jemanden,

der Ihre Arbeit tippt, für Sie ins Examen steigt oder Ihre Zimmerwirtin umbringt?

Mit einer KLEINANZEIGE IN DER BSZ gelangen Sie rasch ans Ziel Ihrer Wünsche.

Für Studenten ermäßigter Preis: 1,— DM pro Zeile.

Annahme:

Baracke VIII, Zimmer 5

(hinter der Mensa)

Mo. — Fr. von 8 — 17 Uhr

Termine

5. 12. 68, 19.00 Uhr, Gaststätte „Haus Schulz“, Bochum, Ferdinandstr. 36 (am Buddenbergplatz), Heinz Gossen: „Wer ist Revolutionär?“ Veranstalter: Marxistische Bildungsgemeinschaft Bochum.

6. 12. 68, 13.30 Uhr, Baracke 9, gemeinsames teach-in aller politischen Hochschulgruppen zur Strategie der Demokratisierungs-Kampagne.

10. 12., 19.00 Uhr, IB 6/78, Diskussion über „Berufsaussichten — Berufsmöglichkeiten von Sozialwissenschaftlern“ mit Vertretern des Arbeitsamtes, der Abteilung VIII und Mitgliedern des FHV.

18. 12. 68, 19.00 Uhr, Hörsaal IB 02/200, DKK-Ortsgruppe Querenburg, Manfred Kapluc: „Was will die DKK?“, Prof. Schleifstein: „DKP und Hochschule“.

Termine der KSG (alles Baracke 9)

Donnerstag, 5. 12., 17.00 Uhr, Strukturarbeitskreis — neue Struktur der KSG —

Freitag, 6. 12., 19.00 Uhr, Besprechung der Aktion Adveniat am Sonntag vor einer Bochumer Kirche.

Montag, 9. 12., 20.00 Uhr, Südamerika-Arbeitskreis mit Jorge Salazar, „Guatemala“.

Dienstag, 10. 12., 20.00 Uhr, Strategiediskussion für weitere Aktionen gegen die illegalen Maßnahmen des Studentenpfarrers und seiner Getreuen.

Mittwoch, 11. 12., 20.00 Uhr, Kirchbau-Verhinderungs-Arbeitskreis (mit der ESG).

Anschläge am ersten Schwarzen Brett links im Eingang der Baracken 8/9.

Protest gegen Verfassungsbruch

Etwa 200 Studenten protestierten in Frankfurt vor dem Sitz des hessischen Arbeitgeberverbandes gegen den Bruch der Landesverfassung durch die Aussperrung der Arbeiter bei den Correcta-Werken in Bad Wildungen.

Die Demonstration sollte den Arbeitnehmern bewußt machen, daß sie die Macht der Agenturen des Kapitals brechen oder sie in Institutionen der demokratischen sozialistischen Selbstverwaltung der Arbeitnehmer umfunktionieren müßten. Die Polizei hatte an diesem Nachmittag Großeinsatz. Mehrere Wasserwerfer, eine Hundertschaft Frankfurter Schutzpolizei, dazu Bereitschaftspolizei aus Wiesbaden und Darmstadt, waren aufmarschiert, um das Haus des Arbeitgeberverbandes und das Grundstück des in der Nähe wohnenden Metzler-Mehrheitsaktionär und Alleinbesitzer der Firma Correcta, Verfassungsbrecher Willy Kraus, zu schützen. Die Demonstranten wurden von der Polizei übermachtet regelrecht umstellt. Vorausgegangen war der Aktion ein mehrstündiges teach-in des SDS in der Uni-



versität. Meino Büning und Michael Bärmann von der Betriebsprojektgruppe des Frankfurter SDS erklärten dabei, durch die von Landesregierung und Gewerkschaften stillschweigend akzeptierte verfassungswidrige Aussperrung werde die Eingewöhnung auf den Notstandsfall exemplarisch durchgeführt. Dadurch werde die „revolutionäre Entschlossenheit“, die die Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze gezeigt hätten, unglaubwürdig.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Verantwortlicher Redakteur: Alois Kircher

Anzeigenleitung: Christine Schipplack

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9

Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.

Durst wird durch Bier erst schön...

In Querenburgs Kneipen wird nicht jeder bedient. Der Gast ist König — im Prinzip —, doch ist nicht jedermanns Haartracht geeignet, die Last der Königskrone zu tragen.

In einem Lokal findet die Selektion der Gäste bereits bei deren Eintritt statt: „Laß' Dir erst Deine Haare schneiden! Raus hier!“ Man hat nicht einmal Platz genommen; die besser angesehenen Gäste wiehern von der Theke her einstimmig Beifall. Faschismus ist keine Erfahrung, die sie noch machen müßten. Die neuen Querenburger Juden haben hier keinen Zutritt: „Auf der Stelle raus!“ Der Wirt gehört der CDU an und heißt Heinz Platzmann.

In einer anderen Bochumer Gaststätte stört man sich auch an Bär-

ten und langen Haaren. Einer kommt vom Nebentisch herüber und führt sich ein: Alter Herr in einer schlagenden Verbindung, Dozent an einer Bochumer Ingenieurschule, Obersturnbannführer der Waffen-SS, Ritterkreuzträger. „Die Juden haben uns doch alle ausgebeutet!“ Es ist kein Wirt da, der Einspruch erhebe. „Ihr seid Drecksäue, wenn Ihr zu keiner Verbindung gehört!“ Niemanden stört sein Gebrüll. Später versucht ihn sein Zechkumpan wegzuziehen: „Die horchen Dich doch nur aus.“

Es stellt sich heraus, daß wir uns kennen: Er ist Kriminalkommissar bei der Bochumer Polizei, früher auch in der Waffen-SS, heute unter anderem mit der Aufarbeitung der Demonstrationen des letzten Sommers betraut. —gh—



Behringer lebt in der Angst, sein Menschentum zu verlieren und sehnt sich gleichzeitig nach der problemlosen Dickhäuter-Existenz seiner ehemaligen Mitmenschen.

Die Unmöglichkeit sprachlicher Kommunikation reduziert das Zusammenleben auf Existenzangst, führt Zivilisation ad absurdum. Entscheidung für humane Existenz ist angesichts totaler Isolation nur infantiler Eigensinn.

Behringer (von Fritz Lichtenhahn überzeugend dargestellt) verteidigt seine Menschlichkeit wie Amerikaner

abendländische Kultur in Vietnam verteidigen: durch blindwütiges Töten. Das ist der logische Schluß der (allerdings bis zur Platttheit) konsequenten Bochumer Inszenierung (Regie: Niels-Peter Rudolph). Wenn die ältere füllige Gattin eines soeben Nashorn-Gewordenen die teichoskopische Barriere erklimmt, dabei des Rocks verlustig geht und Zurück-zur-Natur-Urtaute ausstoßend, sichtbar auf unsichtbarem Rhinoceros-Gatten reitet, erreicht die Lustigkeit vergleichbarer Geschlechtsgegnissen im Zuschauerraum einen Grad, der für einen Augenblick an die Realität absurden Theaters glauben läßt. — er —

Militärbischof will fungible KSG Studentenpfarrer geht mit der Satzung nicht pingelig um

Kaum geht ein Jahr ins Land, kracht es schon wieder in der katholischen Studentengemeinde. Hugo Ehm, Pfarrer der KSG („Der Vertreter des Bischofs in der Gemeinde“, wie er sich ausdrückte) erstaunte in den letzten zwei Wochen durch Fouls und Tiefschläge, die ihm niemand zugetraut hatte: er putzte gegen die gewählten Mitglieder des Vorstandes, verweigerte zunächst Herrn Salazar, dem Referenten des Südamerika-Arbeitskreises das Honorar, entzog dem Team das Arbeitsmaterial,

spernte den Stempel, erklärte Mißtrauen, setzte schließlich das Team ab. All das kann er nicht nach der Satzung der KSG, tut es aber doch und damit es keine Schwierigkeiten gibt, erklärte er im grandiosen Alleingang die Satzung auch gleich für ungültig.

Das Team, gewohnt in legalistischen Bahnen zu schwimmen, lud ein zu einer außerordentlichen Vollversammlung zum „Anschlag des Studentenpfarrers auf die demokratische Struktur der Gemeinde“. Und eh' noch ein Wort ge-

sprochen war, erklärte Ehm (mit Billigung seines Herrn und Meisters, Militärbischof Dr. Franz Hengsbach von Essen), entweder ist die Versammlung keine Vollversammlung oder ich gehe. Und die mündigen Laien der Kirche kastrierten denn auch gehorsam sich selbst und stimmten mit 54 gegen 46 Stimmen dafür, keine Vollversammlung zu sein, was sie aber nicht hinderte, die Satzung mit einfacher Mehrheit außer Kraft zu setzen, nachdem doch in der Satzung steht, eine Zweidrittelmehrheit sei hierfür nötig.

So einfach geht das bei den Katholiken. Und weil man schon einmal so mutig war, wählte man gleich eine provisorische Leitung der Studentengemeinde, obwohl die gewählte und amtierende von dem Gremium, das sie gewählt hat, niemals abgesetzt noch mit einem Mißtrauensvotum bedacht worden war.

Das Team wanderte aus mit den Getreuen, die zur Satzung und demokratischen Struktur der Gemeinde standen. Eine erste Analyse ergab unzweifelhaft, daß der Konflikt vorwiegend als politischer zu sehen ist, denn aus „gewöhnlich gut unterrichteter Quelle“ verlautet, daß Ehm wohl täglich mit dem Bischof von Essen konferiert, daß er am Montag, dem 2. 12. ein kleines Meeting mit dem Generalvikar hatte, daß er Ende dieser oder Anfang der kommenden Woche wieder zum Rapport erwartet wird. Der Trick ist, für die kommenden Wochen keine rechtmäßige Exekutive der KSG zu haben, die für die katholischen Studenten den Bau zweier Kirchen verhindern kann. Und damit ist die katholische Kirchenbürokratie nicht gehalten, die Forderungen der Studenten der RUB, „wir wollen keine zwei Kirchen“, auf dem Amtswege zu akzeptieren.

Es liegt an den Studenten, ob sie sich diese Tricks gefallen lassen, ob sie zu einer gewählten Vertretung stehen oder sie jetzt fallen lassen wie eine faule Tomate. Vielleicht kapieren die Katholiken endlich, daß ein Pfarrer nicht machen kann, was er will. Es wird zu Kampfmaßnahmen kommen. Man wird Herrn Ehm und seinen getreuen Schafen (einer der seltenen Fälle, in dem dieses schöne Wort der Heiligen Schrift zutrifft) deutlich zeigen, wo die Interessen der Studenten liegen. MaSt

Mit größter Abneigung Auf die Bitte des Studentenwerks um eine Spende für sein geplantes Studentenwohnheim antwortete die Firma Pongs & Zahn AG:

Sehr geehrte Herren!

Wir empfangen heute Ihren Brief ohne Datum und haben Ihre Zeilen und Ihre Broschüre aufmerksam geprüft. Leider müssen wir Sie bitten, davon abzusehen, um ein persönliches Gespräch nachzusuchen. Unser Haus sieht sich nicht in der Lage, einen Spendenbeitrag zu leisten. Ganz abgesehen davon, daß uns unsere Kostensituation zwingt, an die Fülle eingehender Bitten einen strengen Maßstab anzulegen, betrachten wir das Verhalten großer Teile der Studentenschaft in der Öffentlichkeit mit größter Abneigung und verspüren deshalb keinerlei Neigung, mit einem namhaften Geldbeitrag u. U. Studenten zu unterstützen, die danach trachten, unsere Geschäftsordnung zu gefährden, evtl. sogar zu stürzen, anstatt die für sie aufgewandten beträchtlichen Mittel der Steuerzahler zu intensivem Fachstudium zu nutzen. Dabei verkennen wir natürlich nicht, daß mit den „Ungerechten“ auch die „Gerechten“ leiden müssen. Das bedauern wir, hoffen aber um so mehr, daß dies die positiven und gesellschaftsfördernden Teile der Studentenschaft endlich veranlaßt, sich gegenüber den radikalen Kreisen entscheidender zu Wort zu melden, als es in der Vergangenheit — auch bereits in Bochum — geschehen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Pongs & Zahn
Aktiengesellschaft
gez. Hellmann

Lederwaren und Lederbekleidung

in Riesenauswahl
zu Großhandelspreisen

Legro

Bochum, Humboldtstraße 54
Nähe Marienkirche

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

schallplatten kaufen Sie im



Bochum



Kortumstr. 93 Tel. 65060

**Contacta
Institut**

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS
GASPARONE (G)
DIE NASHORNER
EIN SOMMERNACHTSTRAUM

DIE VIER GROBIANE (G)
WIR BOMBARDIEREN REGENSBURG
PRINZ FRIEDRICH VON HOMBURG
DREI WEISSE PFEILE (Märchen)

5. HAUPTKONZERT
KAMMERSPIELE
DER EINGEBILDET KRANKE
DER TEUFELSSCHULE
DREI WEISSE PFEILE (Märchen)

3. KAMMERKONZERT
Beginn der Veranstaltungen: 20 Uhr, sofern nichts anderes angegeben.
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechnungsscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.

Spielplan für die Zeit vom
5. Dezember bis 22. Dezember 1968
Änderungen vorbehalten!

5. 12. (Do.) Premiere, 6. 12. (Fr.)
7. 12. (Sa.), 16. 12. (Mo.)
8. 12. (So.) 16.30 und 20.00 Uhr,
10. 12. (Di.), 11. 12. (Mi.), 15. 12. (So.),
19. 12. (Do.), 20. 12. (Fr.)
9. 12. (Mo.), 17. 12. (Di.)
14. 12. (Sa.), 18. 12. (Mi.)
21. 12. (Sa.) zum letzten Mal
10. 12. (Di.) 15.00 Uhr, 13. 12. (Fr.)
15.00 Uhr, 16. 12. (Mo.) 15.00 Uhr,
19. 12. (Do.) 15.00 Uhr, 21. 12. (Sa.)
15.00 Uhr, 22. 12. (So.) 15.00 Uhr
und 17.30 Uhr
12. 12. (Do.), 13. 12. (Fr.) Wiederholg.

7. 12. (Sa.), 16. 12. (Mo.), 21. 12. (Sa.)
9. 12. (Mo.), 13. 12. (Fr.), 22. 12. (So.)
6. 12. (Fr.) 15.00 Uhr, 7. 12. (Sa.)
15.00 Uhr, 8. 12. (So.) 15.00 Uhr,
11. 12. (Mi.) 15.00 Uhr, 12. 12. (Do.)
16.00 Uhr, 14. 12. (Sa.) 15.30 und
18.00 Uhr, 15. 12. (So.) 15.30 und
18.00 Uhr, 17. 12. (Di.) 15.00 Uhr,
18. 12. (Mi.) 16.00 Uhr, 20. 12. (Fr.)
15.30 und 18.00 Uhr
19. 12. (Do.)